

Beschluss des Landrats vom 28.11.2019

Nr. 276

12. Fragestunde der Landratssitzung vom 28. November 2019 2019/697; Protokoll: mko

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) weist einleitend darauf hin, dass die Fragestunde eigentlich dazu gedacht sei, vom Regierungsrat Antworten im Zusammenhang mit der kantonalen Politik zu erhalten. Im Landratsgesetz steht: «Der Regierungsrat beantwortet in der Fragestunde kurze schriftliche Fragen». Im Dekret heisst es etwas genauer: «Die Fragestunde findet zu Beginn der Nachmittagssitzung statt. Es können höchstens drei Unterfragen gestellt werden. Diese sind knapp formuliert bis spätestens am Montag, 17 Uhr, vor der jeweiligen Sitzung bei der Landeskanzlei einzureichen.»

In der letzten Zeit gingen oft Fragen zuhanden der Fragestunde ein, die relativ aufwendig in der Beantwortung waren. Vor allem die Verwaltung tat sich schwer, diese bis Mittwochabend fundiert beantworten zu können. Die Fragesteller seien deshalb gebeten, sich zu überlegen, ob Fragen, die einen gewissen Komplexitätsgrad haben, nicht besser in Form einer Interpellation erfragt werden sollen. Dann wären nämlich auch die Antworten fundierter, was sowohl befriedigender für den Antwortgeber als auch Fragesteller wäre.

1. Andreas Bammatter: Systemumstellung Behindertenhilfe 2020

Andreas Bammatter (SP) bedankt sich und stellt eine Zusatzfrage: *Ist die Annahme richtig, dass eine Leistung 30 % mehr kosten darf, wenn eine betroffene Person mit einem unmittelbaren Betreuungsbedarf in einen höheren Cluster wechseln kann?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) kann diese Detailfrage nicht aus dem Stegreif beantworten. Sie nimmt sie gerne mit und wird sich auf schriftlichem Weg beim Fragesteller zurückmelden.

2. Lucia Mikeler Knaack: Gesamtarbeitsvertrag mit Hirsländen Klinik Birshof

Lucia Mikeler (SP) stellt folgende Zusatzfrage: *Kann sich der Regierungsrat vorstellen, den Landrat bzw. die zuständige Kommission VGK über das Projekt der Gesamtarbeitsverträge im Sinne eines «Sounding Board» auf dem Laufenden zu halten?*

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (CVP) wurde von Regierungsrat Thomas Weber damit beauftragt, diese Frage zu bejahen. Der Rest der Antwort folgt später.

3. Caroline Mall: Zuweisung der Asylsuchenden von einem auf drei Arbeitstage

Caroline Mall (SVP) verweist auf die Antwort 3.2, wo steht: «Eine zusätzliche Intervention von Seiten der Kantone zum jetzigen Zeitpunkt wäre noch zu früh». Der BZ-Artikel liess jedoch vermuten, dass man diesbezüglich gegen geschlossene Türen rennt. Zusatzfrage: *Wann sieht der Regierungsrat in dieser Sache Handlungsbedarf?*

In der Antwort 3.3 heisst es weiter: «Das Sozialamt hat seither etliche weitere Gespräche mit verschiedenen Gemeinden in dieser Sache geführt, welche aber nie eine konkrete Phase einer möglichen Realisierung erreicht haben». Daran schliesst eine zweite Zusatzfrage an: *Ist davon auszugehen, dass dieser Stand so bleiben wird – und wenn nicht, wer engagiert sich und wann kann man mit einer Realisierung rechnen?* Es scheint der Votantin Sinn zu machen, diesbezüglich einen politischen Vorstoss zu machen.

Antwort: Regierungsrat **Anton Lauber** (CVP) sagt, dass die Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren der Schweiz über die Thematik informiert wurden. Der Votant kann versuchen, Einfluss zu nehmen. Es besteht ein guter Kontakt. Die Thematik ist auf jeden Fall erkannt. Aktuell ist man im Kanton von Asylantinnen und Asylanten recht stark entlastet und die Zuweisungen sind ziemlich tief. Erstens ist der Druck nicht so gross, zweitens gibt es eine starke Entlastung dank dem in Muttenz domizilierten Bundeszentrum.

Zur zweiten Frage: Es handelt sich nicht um eine dauerhafte Lösung. Mit einzelnen Gemeinden lassen sich immer wieder vorübergehende Lösungen finden, wenn Druck besteht. Bis jetzt konnte allerdings keine dauerhaft anzunehmende Lösung mit einer Gemeinde gefunden werden.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
